ZO/AvU Freitag, 20. März 2020

## **Bezirk Uster**



Auch auf Pausenplätzen in der Region patrouillieren private Sicherheitsmitarbeiter. Symbolfoto: Seraina Bonei

# Hilfssheriff auf dem Pausenplatz

Region Auf Schulhöfen in mehreren Gemeinden sollen Sicherheitsdienste für Ruhe und Ordnung sorgen. Das hingegen sorgt da und dort für Kritik – und wirft rechtliche Fragen auf.

#### **Benjamin Rothschild**

Der gute alte, grantige Schulabwart ist den Eskapaden der heutigen Jugend nicht mehr länger gewachsen. Dieser Schluss drängt sich zumindest auf, wenn man sich die jüngsten Massnahmen vor Augen führt, die Schulbehörden aus der Region noch vor Ausbruch der Corona-Krise und gänzlich unabhängig von dieser getroffen hatten.

So werden in Zukunft sowohl in Schwerzenbach im Bezirk Uster als auch in Grüningen im Bezirk Hinwil professionelle Sicherheitsleute auf den Primarschularealen patrouillieren. Sie sollen in erster Linie Littering, Ruhestörungen, Sprayereien und Anwandlungen von Vandalismus verhindern. Dies zumindest war vor den von Bund, Kantonen und Gemeinden verhängten Mass-

«Es ist leider so, dass Vorfälle heute oft gravierender sind als früher.»

**Benjamin Fischer** Präsident SVP Kanton Zürich aus Volketswil

nahmen wegen des Coronavirus so vorgesehen.

Dass wegen Abfall, Lärm und geringfügigen Sachbeschädigungen auf Pausenplätzen Sicher-

## Fintenreiche «Ruhestörer» in Dübendorf

Schlagzeilen über Sachbeschädigungen und Sprayereien ergingen zuletzt vor allem aus der Stadt Dübendorf. Dort kam es im letzten September zu Krawallen in der Bahnhofsgegend, und auch am Halloween-Abend brannte ein Container. Jüngst waren auf dem ganzen Stadtgebiet auffällig viele Graffiti zu sehen, manche davon beinhalteten faschistoide Symbole und Botschaften.

Auf Dübendorfer Schularealen scheinen demgegenüber keine gravierenden Probleme zu bestehen. Darauf deutet zumindest die Tatsache hin, dass in der viertgrössten Stadt des Kantons Patrouillen wie in Schwerzenbach oder Grüningen kein Thema sind. Dies bestätigt Primarschulpräsidentin Susanne Hänni (GLP/GEU) auf Anfrage dieses Mediums, allerdings bevor die Corona-Krise auftrat.

#### **Wochenend-Patrouille**

Erfahrung gesammelt hat man mit solchen Rundgängen in Dübendorf aber durchaus: Der letz-

te solche Einsatz habe es gemäss Hänni vor rund fünf Jahren gegeben, Grund dafür waren damals Ruhestörungen. Zwischen den Schulhäusern zirkulierende Patrouillen hätten sich indes nicht bewährt. «Da hielten sich die Ruhestörer immer an dem Ort auf, den die Patrouille gerade verlassen hatte», so Hänni.

In Uster, der grössten Stadt in den Regionen Zürcher Oberland und Glattal, ist aktuell - vor den von Bund, Kantonen und Gemeinden getroffenen Massnahmen gegen das Coronavirus - an den Wochenendabenden ein privater Sicherheitsdienst im Bereich Stadthalle, Landihalle und Schulhaus Pünt unterwegs. Die Mitarbeiter der Firma Alpha Protect agieren im Auftrag des Geschäftsfeldes Liegenschaften und beschränken sich auf das Festhalten von «Sachverhalten» sowie deren Meldung, wie die Ustermer Primarschulverwaltung auf Anfrage mitteilt. Polizeiliche Kompetenzen hätten die Security-Mitarbeiter nicht. (bro)

heitsfirmen eingeschaltet werden, wird von verschiedener Seite kritisch hinterfragt. Auch von Exponenten in der betroffenen Gemeinde Schwerzenbach: «Nur um ein Litteringproblem zu lösen, ist es eine etwas harte Massnahme», sagte der Schwerzenbacher Sicherheitsvorstand Reto Haltinner (CVP) nach Bekanntwerden der Massnahme gegenüber diesem Medium.

Skeptisch sind auch die Oberländer Jungsozialisten (Juso). «Die Klimabewegung zeigt doch eigentlich, dass bei der Jugend ein Umweltbewusstsein vorhanden ist», sagt Leandra Columberg. Die SP-Kantonsrätin und Präsidentin der Juso Zürich Oberland stellt deshalb die Frage in den Raum, ob «Repression» wirklich das Mittel der Wahl sein sollte, um Littering zu verhindern. «Denkbar wären zum Beispiel auch Sonderwochen, in welchen die Klassen für das Thema sensibilisiert werden.»

#### «Prekäre Situationen»

Columberg sagt weiter, dass sie generell Mühe damit habe, wenn Sicherheit als staatliche Aufgabe an Private delegiert werde umso mehr, wenn im Bildungsbereich an anderen Stellen gespart würde. Und: «Unter Erwachsenen kann man das Littering-Problem ja auch nicht einfach mit Sicherheitspatrouillen lösen.»

Etwas anders beurteilt Beniamin Fischer die Massnahme. Der Präsident der SVP Kanton Zürich. der bis vor Kurzem der Jungen SVP vorstand, glaubt, dass solche Rundgänge an gewissen Hot-

spots «leider notwendig» seien. Die konkrete Situation in Schwerzenbach (vor Ausbruch der Corona-Krise) kenne er zwar nicht, so Fischer. Der 29-Jährige ging aber in der Nachbargemeinde Volketswil zur Schule und habe dort manchmal «prekäre Situationen» erlebt. Von Unverhältnismässigkeit oder einer «Sicherheitshysterie» könne deshalb nicht die Rede sein. «Es ist Problem auch leider so, dass Vorfälle heute oft gravierender sind als früher und Hausmeister der Lage nicht mehr Herr werden.»

Auch Fischer plädiert allerdings dafür, dass das Instrument Security-Patrouillen «mit Augenmass» angewendet wird.

#### **Ein Pilotversuch**

In Schwerzenbach handelt es sich bei den Pausenplatz-Patrouillen gemäss Schulpflege um einen «Pilotversuch». Zwei Sicherheitsleute sollen vorerst während dreier Monate jeweils dreimal pro Woche zu unterschiedlichen Zeiten das Gelände kontrollieren und so den Fehlbaren zeigen, dass sie unter Beobachtung stehen. Diese Festlegung traf die Gemeinde jedenfalls vor der wegen des Coronavirus verhängten Schulschliessung. Wie sich diese nun auf den «Versuch» auswirken wird, ist unklar.

In Grüningen erhoffte sich Schulpräsidentin Karin Jeber (SVP) derweil auch, «jemanden auf frischer Tat zu ertappen». Sollte es so weit kommen, beginnt allerdings die rechtliche Grauzone. Denn Ausweiskontrollen und die Durchsuchung

**«Unter** Erwachsenen kann man das Litteringnicht einfach mit Sicherheitspatrouillen lösen.»

Leandra Columberg SP-Kantonsrätin aus Dübendorf und Präsidentin Juso Zürich Oberland

von Personen sind grundsätzlich Sache der Polizei. Private können mutmassliche Delinguenten lediglich der Polizei melden oder sie bis zum Eintreffen der staatlichen Ordnungshüter fest-

#### Frage nach der Grundlage

Ob die Anstellung privater Sicherheitspatrouillen durch die Gemeinden rechtlich heikel ist, bestimmt sich also vor allem anhand der ihnen übertragenen Aufgaben. «Je weiter diese gehen, desto höher sind die Anforderungen an die gesetzliche Grundlage», sagt Roman Schuppli, wissenschaftlicher Assistent an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich und Doktorand zum Thema Polizeirecht (siehe Box). Es komme im konkreten Fall also darauf an, welche Befugnisse die Schulbehörden den Sicherheitsfirmen konkret einräumen. «Blosses Patrouillieren wäre wohl unbedenklich. Diese Aufgabe übernimmt für gewöhnlich auch ein Schulwart», sagt Schuppli. Gehen die Aufgaben darüber hinaus, umfassen sie zum Beispiel auch Durchsuchungen oder die Aufnahme von Personalien, müsste eine gesetzliche Grundlage, zum Beispiel die Gemeindeordnung oder das kommunale Polizeigesetz dies vorsehen.

### Letzte Option Polizei

Hansueli Zellweger (SP), bei der Schwerzenbacher Schulpflege für die Liegenschaften und damit auch für die Ordnung auf den Schularealen verantwortlich, stellt klar, dass Durchsuchungen oder Ausweiskontrollen durch die Sicherheitsmitarbeiter explizit nicht vorgesehen seien.

Ihr Kernauftrag soll in erster Linie in blosser Präsenz bestehen, «Allenfalls können sie Personen vom Schulareal wegweisen», sagt Zellweger. «Aber wenn die Angesprochenen einer Wegweisung nicht Folge leisten, sind die Möglichkeiten bald einmal beschränkt.» Am Ende bliebe wohl nur das Verständigen der Polizei, so Zellweger.

Ob die Rundgänge unmittelbar Wirkung zeigen, hängt somit wohl vor allem von der Autorität des jeweiligen Patrouilleurs ab. Zumindest diesbezüglich hat sich im Vergleich zum Hausabwarts-Modell wenig geändert.

## Pausenplätze sind «halböffentliche Räume»

Wenn eine Behörde wie die Schulpflege eine eigentlich staatliche Aufgabe – zum Beispiel Ausweiskontrollen – an Private auslagern will, braucht es dafür gemäss Roman Schuppli, wissenschaftlicher Assistent an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, nicht nur eine gesetzliche Grundlage und ein so genanntes öffentli-

ches Interesse. Erforderlich ist auch ein wirksamer Rechtsschutz für die Betroffenen und eine staatliche Aufsicht über die ermächtigten Privaten. Und: Die Privaten müssen die Grundrechte der Betroffenen genauso schützen, wie es die staatlichen Organe tun würden.

Schuppli betont allerdings, dass bei den Pausenplatz-Patrouillen in den meisten Fällen gar nicht staatliche Aufgaben an Private übertragen werden. Denn Schulareale sind sogenannte «halböffentliche Räume», in denen den Schulen das Hausrecht zukommt. Die Vereinbarungen zwischen den Schulbehörden und den privaten Sicherheitsfirmen sind demzufolge als privatrechtliche Verträge zu klassifizieren, wie sie beispielsweise auch zwischen Konzertveranstaltern und Sicherheitsdiensten getroffen werden.

Das ist auch in Schwerzenbach so: Nach einem entsprechenden Beschluss der Schulpflege hat die Behörde dort einen gewöhnlichen privatrechtlichen Vertrag mit der Sicherheitsfirma Securitas geschlossen. (bro)